



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 23. Februar 2018

Band 12, Ausgabe 3

Themen

- Koalitionsvertrag
- Europa
- Haushalt

"Die SPD ist eine Volkspartei auf kleinerem Niveau. Inwieweit der neue Maßstab für Volksparteien noch nach unten weiterentwickelt werden kann, wird in den nächsten Wochen zu beobachten sein."

(CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt am Dienstag in Berlin auf die Frage, ob die SPD angesichts ihrer Umfragewerte noch eine Volkspartei sei.)

In dieser Ausgabe:

Elterngeld-Plus, Partnerschaftsbonus und Elternzeit 2

Haushaltsausschuss 2

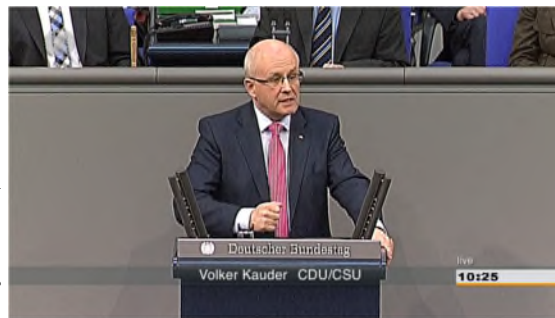
Solide EU-Finzen mit deutschem Steuergeld 2

„Verantwortung gerecht geworden“

Im Koalitionsvertrag mit der SPD ist es unserer Parteiführung unter Beteiligung auch von Mitgliedern der Fraktion gelungen, einige Inhalte unseres Regierungsprogrammes festzuschreiben. Unsere Ziele sind die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere und die soziale Sicherheit ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ein starkes Europa – das ist unser Ansatz für die kommenden vier Jahre.

Es wird bei der „schwarzen Null“ bleiben – darauf werden wir als Unionsfraktion achten, denn der Deutsche Bundestag beschließt den Bundeshaushalt und niemand anderes. Zudem haben wir festgeschrieben, dass die Beteiligungsrechte des Bundestages und des Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Entscheidungen auf EU-Ebene gewahrt bleiben; das gilt nicht nur, aber insbesondere bei einer möglichen Weiterentwicklung der Eurozone oder des ESM.

Wir werden die Bürger entlasten und den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abschaffen.



Quelle: Deutscher Bundestag

Dank der guten wirtschaftlichen Lage bleibt noch viel Spielraum für Investitionen in die Zukunft:

Milliarden stellen wir für Familien und die Modernisierung der Schulen zu Verfügung. Gleichzeitig wird der Bund dabei helfen, dass Grundschulkinder den ganzen Tag verlässlich betreut werden. Wir fördern den Ausbau des schnellen Internets in ganz Deutschland und sorgen dafür, dass bereitstehendes Geld schneller in Straßen und Schienen, aber auch in Wohnraum und Datenautobahnen verbaut werden kann. Nicht nur Beschäftigte, sondern auch Familien, Rentner und Studenten können sich auf mehr Geld freuen – höheres

Kindergeld, Grundrente, Mütterrente II und höheres BAföG sind hierfür die Stichworte.

Wir stärken die Wirtschaft mit einer umfassenden Fachkräftestrategie und weiteren Investitionen in Forschung, Entwicklung und künstliche Intelligenz.

Wir investieren in den ländlichen Raum und bekennen uns klar zur Vielfalt in der Landwirtschaft. Schließlich konnten wir uns mit unserer Idee der Steuerung und Begrenzung der Migration durchsetzen: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen, wir sorgen aber dafür, dass Nicht-Verfolgte unser Land verlassen und somit die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird. Damit begegnen wir den Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Selbst wenn es bei den Verhandlungen den einen oder anderen Kompromiss gab, sind unsere Unterhändler mit dem Ergebnis immerhin der Verantwortung zur Regierungsbildung gerecht geworden.

Elterngeld Plus, Partnerschaftsbonus und Elternzeit

Der Bericht der Bundesregierung stellt die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Damit hat sich die Inanspruchnah-

me seit der Einführung zum 1. Juli 2015 verdoppelt. Die gewachsene Nachfrage spiegelt sich auch in der Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Prozent der Mütter und Väter das Eltern-

geld Plus als „gute Sache“ bezeichnen.

Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.



Quelle: Deutscher Bundestag

Aus dem Haushaltsausschuss

Überplanmäßige Mehrausgaben für die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie für die Grundsicherung für Arbeitssuchende in Höhe von insgesamt knapp 700 Millionen Euro in 2017 haben wir am Mittwoch im Haushaltsausschuss diskutiert. Ursache für den nicht vorhergesehenen erhöhten Finanzbedarf ist die beschleunigte Bearbeitung der Asylanträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), so



dass Asylbewerber nach ihrer Anerkennung deutlich schneller Hartz IV beziehen als noch vor Jahresfrist zu erwarten war.

Einerseits begrüße ich die stark verbesserte zügigere Arbeit des BAMF, andererseits bedaure ich, dass im vergangenen Jahr zwar 284.000 Personen einen Integrationskurs begonnen haben, aber lediglich 85.000 Personen an den Kursen für die berufsbezogene Deutschsprachförderung des Bundes teilnahmen. Dies umso mehr, als für eine Ar-

beitsmarktintegration nicht nur die berufsbezogene Sprachförderung wichtig ist, sondern auch die Möglichkeit geschaffen werden sollte, frühzeitig passende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Daher hoffe ich, dass möglichst viele Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive die in jüngeren Vergangenheit neu geschaffenen Möglichkeiten zur Förderung der Berufsvorbereitung und –ausbildung bereits nach drei Monaten Aufenthalt für eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt nutzen.

Solide EU-Finzen mit deutschem Steuergeld

Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich vorwiegend dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) widmen.

Die Staats- und Regierungschefs werden beim künftigen Fi-



Quelle: Deutscher Bundestag

nanzrahmen vor allem eine Aussprache über die politischen Prioritäten der EU ab 2021 führen und die Vorschläge der EU-Kommission vom 14. Februar 2018 beraten.

Für uns ist klar: Die notwendigen Veränderungen durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs sollten wir als

Chance begreifen, die EU-Finzen an den aktuellen Herausforderungen Europas auszurichten.

Zudem soll auch über die Möglichkeit transnationaler Listen bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Art und Weise gesprochen werden, wie führende EU-Positionen etwa mit möglichen Spitzenkandidaten zu den Europawahlen besetzt werden.